



AfD Fraktion Offenbach Berliner Straße 100 63065 Offenbach a.M.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
Stephan Färber

im Hause

AfD Fraktion Offenbach  
Rathaus  
Berliner Straße 100  
63065 Offenbach am Main  
Tel: 069 / 80 65 35 08  
Fax: 069 / 85 65 35 09  
E-Mail: afd-fraktion@offenbach.de

Offenbach, den 07.09.2017

## **Antrag**

### **Islamunterricht an Offenbacher Schulen**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, zu prüfen und zu berichten,

- welches die Inhalte des an Offenbacher Schulen gelehrtens Islamunterrichtes sind,
- inwieweit die Lehrinhalte dieses Unterrichtes zeitgemäßen Standards/Kriterien an einen modernen, aufgeklärten und an westlichen Standards orientierten Islam erfüllen,
- inwieweit der Magistrat die Einführung des Islamunterrichtes an weiterführenden Schulen in Offenbach plant,
- welchen Einfluss die Ditib auf die Gestaltung des islamischen Religionsunterrichtes in Offenbach nimmt,
- wie viele Lehrkräfte seitens der Ditib ausgebildet und eingesetzt werden.

Bis zur Vorlage des Prüfberichtes wird der Islamunterricht an Offenbacher Schulen bis auf weiteres mit sofortiger Wirkung ausgesetzt.

## Begründung:

Als erstes Bundesland in Deutschland hat Hessen bereits vor zwei Jahren bekenntnisorientierten Islamunterricht an einem Teil der Grundschulen eingeführt.

Der Unterricht wird vom Kultusministerium in Zusammenarbeit mit der Ahmadiyya-Gemeinde und dem türkischen Ditib-Verband gestaltet und soll, nach dem Willen der Landesregierung, mit dem neuen Schuljahr auch auf fünfte Klassen weiterführender Schulen ausgedehnt werden - ungeachtet der äußerst umstrittenen Rolle der Ditib, die, in Hessen, maßgeblich an der Gestaltung des Unterrichtes beteiligt ist.

Die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (Ditib) untersteht der direkten Kontrolle der Regierung in Ankara, und verfolgt in Deutschland, laut einem Gutachten des Islamwissenschaftlers Abdel-Hakim Ourghi, eindeutig politische und religiöse Ziele.

Über die Ditib erhält der türkische Ministerpräsident, der Menschenrechte und Pressefreiheit mit Füßen tritt, Mitbestimmungsrecht über die Unterrichtsinhalte in deutschen Klassenzimmern.

Kritiker beanstanden überdies, der islamische Religionsunterricht in Hessen werde zu sehr von konservativen Verbänden, wie etwa der Ditib, beeinflusst, und beklagen die einseitige, zu konservative, quasi fundamentale Ausrichtung des Unterrichtes, die einzig auf der Weitergabe der traditionellen Auslegung des Koran beruht.

Die Ditib beruft sich in ihren Lehrplänen ausschließlich auf den Koran und die Sunna, und plädiert dafür, Mohammeds Verhalten zu kopieren. Liberale Strömungen des Islam werden hierbei komplett ausgeblendet.

Darüber hinaus gilt es, nach Auffassung der antragstellenden Fraktion, grundsätzlich zu klären, inwieweit die Lehren und Inhalte des Korans überhaupt mit dem Grundgesetz vereinbar sind.

Antragstellerin: Christin Thüne, Stadtverordnete